

5351/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5696/J betreffend Maßnahmen gegen verkehrsmäßige Auswirkungen der Ost - Erweiterung, welche die Abgeordneten Moser, Freundinnen und Freunde am 2. Februar 1999 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 7 der Anfrage:

Da gegenständliche parlamentarische Anfrage in den meisten Punkten Agenden des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr betrifft, darf ich auf diese Anfragebeantwortung (Nr. 5703/J) verweisen.

Generell halte ich fest, daß der komplexe Problembereich der Verkehrsinfrastruktur neben verkehrspolitischen Zielsetzungen genauso Fragen der Wirtschaft, der Raumordnung, usw.

d. h. Lösungen aus multidisziplinärer Sicht beinhaltet. Diese Problemstellungen wurden von meinem Ressort im Rahmen der beiliegenden Studie „Die Gestaltung des Straßennetzes im Donaueuropäischen Raum unter besonderer Beachtung des Wirtschaftsstandortes Österreich“ (GSD - Studie) untersucht und die Ergebnisse am 26. 2. 1999 der Öffentlichkeit präsentiert.

Zum Punkt 6 der Anfrage halte ich fest, daß die EU - Grün - und Weißbücher eine effiziente und faire Preisgestaltung des gesamten Verkehrssystems fordern.
Dieser Forderung wird im ersten Schritt, den Straßenverkehr betreffend, durch die geplante Einführung einer LKW - Maut entsprochen. Eine Umsetzung dieser Forderung für das Gesamtsystem „Verkehr“ in einem gesamten Europa wird zwar angestrebt, ist jedoch nur in Einzelschritten erreichbar.

Zum Punkt 7 halte ich fest, daß Verlagerungswirkungen auf das niederrangige Netz, hervorgerufen durch das geplante Road - Pricing - System, durch eine maßvolle Tarifpolitik, Begleitmaßnahmen im Parallelnetz sowie durch eine Optimierung der Mautstellenkonfiguration möglichst ausgeschaltet werden sollen.

Anlage konnte nicht gescannt werden !!